Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1718
02.02.2022

Verkehrsausschuss

67. Sitzung (öffentlich)

2. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 15:46 Uhr

Vorsitz: Thomas Nückel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Dialog statt Verbot – Mehr Eigenverantwortung und Rechtssicherheit für Motorradfahrer 3

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14061

Ausschussprotokoll 17/1665 *(Anhörung am 08.12.2021)*

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

2 Brandgefahr durch Elektro- und Hybridfahrzeuge in Sammelgaragen – Mit einheitlichem Brandschutz der steigenden Gefahr begegnen **5**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15455

Schriftliche Anhörung des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/4748
Stellungnahme 17/4753
Stellungnahme 17/4766
Stellungnahme 17/4767
Stellungnahme 17/4771
Stellungnahme 17/4772
Stellungnahme 17/4773

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

3 Aktueller Stand der Entwicklungen zur Sperrung der Rahmede-Brücke auf der A45 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **7**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu klären.

4 Verschiedenes **18**

* * *

2 Brandgefahr durch Elektro- und Hybridfahrzeuge in Sammelgaragen – Mit einheitlichem Brandschutz der steigenden Gefahr begegnen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15455

Schriftliche Anhörung des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 17/4748
Stellungnahme 17/4753
Stellungnahme 17/4766
Stellungnahme 17/4767
Stellungnahme 17/4771
Stellungnahme 17/4772
Stellungnahme 17/4773

(Der Antrag wurde nach Beratung am 03.11.2021 einstimmig an den Verkehrsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) führt aus, in den Medien höre man immer wieder von brennenden Elektrofahrzeugen, von denen eine erhöhte Gefahr ausgehe. Nach Auskunft der Sachverständigen gebe es zwar keine höhere Brandlast, wohl aber eine längere Branddauer und höhere Temperaturen. Die DEKRA weise darauf hin, dass die Bauaufsichtsbehörden nach der Prüfverordnung auch nicht geschlossene oberirdische Großgaragen spätestens alle sechs Jahre zu prüfen hätten, was er aber mit Blick auf die neue Technologie für zu lange halte.

Ebenfalls teile die DEKRA mit, dass die Betreiber von Tiefgaragen und Parkhäusern selbst dafür sorgen müssten, dass die Elektrofahrzeuge an speziellen Plätzen aufgeladen würden; die erforderlichen Löschsysteme seien aber nicht gerade günstig. Auch gebe es versicherungsrechtliche Konsequenzen. Er resümiert, nach wie vor bestehe Gefahr in einigen Tiefgaragen und auf einigen öffentlichen Plätzen mit Blick auf die Art des Löschens, die Luftzirkulation und die Rettungswege.

Klaus Voussem (CDU) bezeichnet die Anhörung der Sachverständigen als eindeutig, die kein Problem erkennten, sodass die AfD-Fraktion ihren Antrag offensichtlich aus ideologischen Gründen aufrechterhalte. Von Elektroautos gehe jedenfalls im Vergleich zu Verbrennungsmotoren keine erhöhte Brandgefahr aus.

Carsten Löcker (SPD) schließt sich Klaus Voussem an. Selbstverständlich müsse man die geeigneten Löschsysteme einsetzen und brauche bauordnungsrechtliche Rahmenbedingungen. Von Elektrofahrzeugen gehe etwa im Vergleich mit großen Bussen keine signifikant höhere Brandgefahr aus. Die Fahrzeughersteller und die Fahrer

brauchten belastbare Lösungen, wobei er beispielsweise an das Löschen mit Aerosolen denke, Feuerwehr und Industrie aber jedenfalls nicht den AfD-Antrag. Offensichtlich wolle die AfD-Fraktion mit ihrem Antrag bloß die sozialen Medien bedienen.

Ulrich Reuter (FDP) lehnt den Antrag ebenfalls als überflüssig ab.

Nic Peter Vogel (AfD) widerspricht, aus den Stellungnahmen könne man sehr wohl die Notwendigkeit für ein Konzept mit einheitlichen Regeln herauslesen. Auch Privatpersonen mit eigener Garage sollten mit Blick auf Anpassungsbedarf bei den Versicherungen aufgeklärt werden.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.